

Leonore Gewessler, BA
 Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2022-0.373.052

. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Deimek und weitere Abgeordnete haben am 19. Mai 2022 unter der **Nr. 11051/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Missbrauchskontrolle hinsichtlich „Not-Ticket Ukraine“ der ÖBB gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Werden Aufzeichnungen über die Nutzung des „Not-Ticket Ukraine“ geführt?*
 - a. *Wenn ja, welche (mit der Bitte um genaue Auflistung der Fahrgastzahlen, der meist gefahrenen Strecken, des Alters der Fahrgäste, etc)?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
 - c. *Wenn nein, haben Sie sonst einen Überblick über die Nutzung dieses Tickets?*
 - i. *Wenn ja, welchen?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*

Not-Tickets werden an ukrainische Vertriebene ausgestellt, die mit ÖBB-Zügen ins Land reisen oder innerhalb Österreichs weiterreisen wollen. Bei der Ticketausstellung werden keine personenbezogenen Daten der Nutzer:innen erfasst. Die ÖBB erfasst nur die Anzahl der ausgestellten Not-Tickets.

Seit Einführung des „Not-Ticket Ukraine“ der ÖBB am 28. Februar 2022 wurden bis inkl. 22. Mai 2022 insgesamt 165.822 Tickets ausgestellt.

Die am Häufigsten angefahrenen Zielorte mit den ÖBB sind: Wien Hauptbahnhof, Bernhardsthal, Salzburg, Marchegg, Passau, Nickelsdorf, Graz, Linz und Innsbruck. Das Alter der Reisenden ist aufgrund der Ticketkategorie nicht erkennbar. Es handelt sich größtenteils um weibliche Vertriebene, sehr oft in Begleitung von Kindern.

Zu Frage 2:

- *Werden von Ihnen Maßnahmen gesetzt, um den oben genannten, möglichen Missbrauch des Gratistickets für ukrainische Flüchtlinge zu verhindern?*
 - a. *Wenn ja, welche?*
 - b. *Wenn ja, seit wann?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Die Grundidee des Not-Tickets beruht darauf, für die Vertriebenen eine sichere, schnelle, unbürokratische und kostenlose Reise innerhalb Österreichs zu gewährleisten. Gerade der humanitäre Gedanke hat bei der Konzeption dieses Tickets überwogen. Die Einschätzung, aus welchem Grund die Beförderung mit den ÖBB notwendig ist, obliegt jedoch nicht dem Aussteller. Sollte über die Staatsgrenze hinausgefahren werden, gelten die jeweiligen Tarifbestimmungen des ausländischen Bahnunternehmens.

Zu Frage 3:

- *Können Sie die Höhe der entgangenen Einnahmen aufgrund dieser unentgeltlichen Tickets benennen?*
 - a. *Wenn ja, wie hoch sind sie?*
 - i. *Wie hoch ist dabei der Anteil der missbräuchlich genutzten Tickets?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Der durch Gratisbeförderung der Vertriebenen theoretisch „nicht realisierte Tariferlös“ wird für den Zeitraum 28. Februar 2022 bis 22. Mai 2022 auf insgesamt ca. € 3,4 Mio. geschätzt. Es handelt sich bei diesem Betrag um einen rein theoretischen Wert, da insbesondere davon auszugehen ist, dass bei entgeltlicher Beförderung ein beträchtlicher Teil der Vertriebenen auf andere Verkehrsmittel ausweichen würde.

Zu Frage 4:

- *Wie wird das „Not-Ticket Ukraine“ finanziert (mit der Bitte um genaue Aufschlüsselung nach Budgetposten, Durchführung, etc)?*

Bis Ende Mai 2022 betrug der Aufwand für das „Not-Ticket Ukraine“ ca. € 700.000,00.

Zu Beginn der Krise mussten zusätzliche Reisezugwagen (ca. € 150.000,00) bzw. Verstärkerzüge (ca. € 250.000,00) eingesetzt werden. Mittlerweile reduziert sich der Aufwand auf ca. € 30.000,00 pro Woche (z.B. Ausstellung der Tickets, Mehrleistungen der Vertriebs-Mitarbeiter:innen, verstärkter Einsatz von Security-Mitarbeiter:innen).

Der Aufwand wird von der ÖBB getragen. Seitens meines Ministeriums gibt es dazu keine gesonderte Abgeltung an die ÖBB.

Leonore Gewessler, BA

